

Es geht um die Meinungsfreiheit!

Der Club Voltaire wirkt seit 1962 als ein unabhängiges demokratisch-linkes Zentrum für Kultur und Politik in der Frankfurter Innenstadt. Er war für Generationen von Frankfurtern ein Ort, wo sie sich über Themen abseits des herrschenden Diskurses informieren und austauschen konnten, und er ist das heute noch. Genau deshalb sieht er sich seit seiner Gründung Angriffen von politischen Kräften und Personen ausgesetzt, die solch eine Einrichtung nicht haben wollen.

In jüngster Zeit sind es die CDU-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung (SV) und speziell der Stadtkämmerer Uwe Becker, die mit einer Kampagne gegen den Club Voltaire an die Öffentlichkeit treten. Sie fordern, dass ihm die städtischen Zuschüsse gestrichen werden, sodass er seine Arbeit in der bisherigen Form nicht fortführen kann.

Als Begründung wird nicht mehr – wie in der Vergangenheit – die linke politische Ausrichtung des Clubs genannt, sondern dass er angeblich Antisemiten eine Plattform biete. Den Vorwand lieferte eine Veranstaltung im „Titania“ am 15.10.2019, die unter dem Thema „Meinungsfreiheit statt Zensur von oben“ stand und bei der der Club Mitveranstalter war. Dort sei laut Becker der „antisemitischen BDS-Bewegung“ ein Forum geboten und gegen einen Beschluss der SV vom August 2017 verstoßen worden. Vor vier Jahren versuchte Becker dem Club Voltaire noch Zuschüsse von ca. 7.000 Euro mit der Begründung zu streichen, dies erfordere die schwierige Haushaltslage.

Mit dem Mordanschlag in Halle hat der terroristische Antisemitismus neue Dimensionen erreicht. Da weiß der hessische Antisemitismus-Beauftragte Uwe Becker nichts Besseres zu tun, als den Antisemitismus beim Club Voltaire zu suchen – einer Einrichtung, die seit Jahrzehnten gegen Rechtsradikalismus und Judenfeindlichkeit kämpft. Allein das zeigt schon, dass seine Argumente vorgeschoben sind.

Der Vorgang unterstreicht, wie berechtigt das Thema „Meinungsfreiheit statt Zensur von oben“ ist. Dieser Angriff reiht sich ein in weitere Versuche, die Meinungsfreiheit einzuschränken, wie z. B. die Aberkennung der Gemeinnützigkeit von attac und anderen Organisation. Der SV-Beschluss von 2017 wird von der CDU benutzt, um bestimmte Diskussionen grundsätzlich zu verhindern. Dafür reicht ihnen schon die Behauptung, jemand verbreite Argumente, die auch von BDS-Aktivisten vertreten werden.

Diese Argumentationsweise hat Prof. Micha Brumlik, ehemaliger Leiter des Fritz-Bauer-Instituts, als „neuen McCarthyismus“ bezeichnet. Solche Versuche, die Meinungsfreiheit einzuschränken, müssen abgewehrt werden. Es muss möglich sein, im Club Voltaire auch heikle Themen kontrovers zu diskutieren.

Der Club Voltaire steht seit seiner Gründung 1962 für den Kampf gegen Diskriminierung, Ausgrenzung und Rassismus. Hier wurde der Antisemitismus nie als erledigt angesehen, sondern immer auf die Gefahr hingewiesen und Aktivitäten dagegen unterstützt. Gerade dem Club Voltaire eine zweideutige Haltung in dieser Frage zu unterstellen, grenzt an Beleidigung. Der Club Voltaire, muss im Sinne des Mottos seines Namensgebers, auch weiterhin ein Ort des kritischen und kontroversen Diskurses bleiben:

**„Ich bin nicht Ihrer Meinung,
aber ich werde bis zum Äußersten dafür kämpfen,
dass Sie sie äußern dürfen!“**